

# Schaden abwenden

KZVB sorgt sich um Versorgungsstrukturen im Freistaat

*Innerhalb eines Jahres ist die Zahl der zahnmedizinisch tätigen Medizinischen Versorgungszentren (Z-MVZ) in Bayern um über 52 Prozent gestiegen (von 76 auf 116 zwischen Juli 2017 und Juni 2018). In einem Brief an Gesundheitsministerin Melanie Huml warnt der KZVB-Vorsitzende Christian Berger vor den Folgen.*

Nicht nur die rasante Zunahme der Z-MVZ macht dem KZVB-Chef Sorgen. Es sind vielmehr deren Betreiber. „Wir beobachten, dass vermehrt Finanzinvestoren auf den Plan treten, die sich über die nach SGB V möglichen Gründungsbedingungen von Medizinischen Versorgungszentren Zugang zur vertragszahnärztlichen Versorgung verschaffen“, erklärt Berger in dem Schreiben. „Diese Entwicklung gefährdet nach unserer Überzeugung die flächendeckende Versorgung, stellt das besondere Vertrauensverhältnis zwischen Zahnarzt und Patient infrage und ist nicht mit dem Leitbild der heilberuflichen Dienstleistung vereinbar.“ Er unterstreicht, dass „Freiberuflichkeit, freie Arztwahl und Therapiefreiheit Eckpfeiler unseres Gesundheitssystems“ seien.

## **Katalysator für Unterversorgung**

Leiden werden unter dieser Entwicklung nach Berbers Überzeugung vor allem die Älteren. „Gerade die ältere Bevölkerung, deren Behandlungsnot-

wendigkeit in der zahnmedizinischen Versorgung seit Jahren steigt und die oftmals nicht so mobil ist, ist auf eine wohnortnahe Versorgung angewiesen. Arztgruppengleiche MVZ hingegen wirken durch ihre Anziehungskraft für angestellte Zahnärztinnen und Zahnärzte wie ein Katalysator für eine Unterversorgung in ländlichen Gebieten und bringen keinen versorgungsrelevanten Mehrwert“, so Berger.

Der KZVB-Vorsitzende appelliert an Huml, sich für eine Gesetzesänderung einzusetzen, die Gründung und Aufkauf von Z-MVZ durch Finanzinvestoren und Fremdkapitalgeber verhindert. Dazu müsse der Gründerkreis auf Zahnärztinnen und Zahnärzte beschränkt werden. Er verweist darauf, dass im Referentenentwurf des Terminservice- und Versorgungsgesetzes die Erbringung nicht ärztlicher Dialyseleistungen mit folgender Begründung eingeschränkt wird: „Damit sollte der Entwicklung entgegengewirkt werden, dass Medizinische Versorgungszentren immer häufiger von Investoren gegründet werden, die allein Kapitalinteressen verfolgen und keinen fachlichen Bezug zur medizinischen Versorgung haben. Die Unabhängigkeit medizinischer Entscheidungen von Kapitalinteressen sollte gewährleistet werden.“ Es sei, betont Berger, nicht nachvollziehbar, warum dies nur für die Erbringer von Dialyseleistungen gelten solle und nicht auch für Zahnärzte.

Tobias Horner



Der Einstieg von Großinvestoren in Zahnzentren gefährdet die Versorgung in ländlichen Gebieten. Davor warnt der KZVB-Vorsitzende Christian Berger in einem Schreiben an Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml.